



BERLINER

EINBLICKE #95

FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Weihnachten 2020

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Das war es also, das Jahr 2020 – zumindest nach dieser Woche für den Deutschen Bundestag. Ich habe auf Facebook an jedem Adventssonntag einige Gedanken veröffentlicht – meine Themen waren „Die Adventszeit in Corona-Zeiten“, „Mitmenschlichkeit“ und „Fehler“, am kommenden 4. Advent werde ich über „Die Hoffnung auf ein neues Jahr“ sprechen. Dieses Jahr hat Spuren hinterlassen, bei uns allen persönlich, im Wirtschaftsleben, in unserer Gesellschaft, bei den Alten und Jungen. Es hat auch immense Schäden angerichtet – seelisch wie auch finanziell. Durch meine Adventsbotschaften möchte ich appellieren, dass uns die Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und vor allem die Kraft zu verzeihen nicht verloren gehen darf. Deutschland hat bislang die Pandemie

zwar ordentlich gemeistert, die Unterstützung für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft in diesem Land ist so stark wie in keinem anderen europäischen Land. Aber natürlich gab es auch Fehler. Nicht jede Maßnahme, nicht jedes Verbot hat sein Ziel erreicht. Über den richtigen Zeitpunkt für Öffnungen, Verschärfungen der Maßnahmen und auch nur Anpassungen lässt es sich vortrefflich streiten. Doch dürfen wir unser gemeinsames Ziel nicht aus den Augen verlieren: Wir müssen diese Pandemie bewältigen und dabei so viele Menschenleben wie irgend möglich retten.

Hierfür beobachte ich enorme Kraftanstrengungen in unserem Land. Die Menschen im Gesundheitswesen leisten schier Unmenschliches. Und auch die Parlamente versuchen durch Mehrarbeit ihren Beitrag zu

leisten und der Verantwortung für unser Land gerecht zu werden. Was mich noch ratlos zurücklässt, ist die Energie von vielen Menschen, bei jeder einzelnen Maßnahme im kleinsten Detail einen Fehler zu finden. Fakten werden verdreht, bis eine scheinbare Unwirksamkeit konstruiert ist. Die Hemmungslosigkeit dabei steigert sich soweit, sich sogar mit extremen Kräften zu verbünden. Während es erste Meldungen gibt, dass in einer Klinik Triage-Entscheidungen getroffen werden, gibt es öffentliche Stimmen, die wie bockige Kinder darauf beharren, der Staat hätte beim Weihnachtsfest nicht mitzureden.

Jens Spahn hat es vor einiger Zeit sehr richtig gesagt: Nach diesem Jahr werden wir uns viel zu verzeihen haben. Aber wir bewahren uns Freiheiten

in diesem Land. Nutzen wir diese, um Schaden von unseren Nächsten abzuwenden. Im besten Fall schützen wir uns auch selbst. Dies gilt nicht nur in Zeiten einer Pandemie. Es ist ein Leichtes, der Politik die universelle Verantwortung für jede Bewegung in diesem Land zuzuschreiben. Aber die Politik beschließt Regelwerke, mit Leben füllen diese aber auch jede und jeder Einzelne von uns. Nehmen wir diese Verantwortung für unsere eigene Freiheit ernster, gerade in der anstehenden Weihnachtszeit. Das wäre ein notwendiger Schluss, blicken wir auf die Zahlen, die uns nun in den Weihnachtstagen in einen harten Lockdown zwingen.

Ihr 



Aus einem typisch afrikanischen Affenbrotbaum wird ein Weihnachtsbaum - dieses Bild ziert die Weihnachtskarte von Heribert Hirte in diesem Jahr und erinnert an seine Reise nach Kenia zu Beginn dieses Jahres und vor der Corona-Zeit.

Das Thema

Freiheit für Nahid Taghavi! Mahnwache in Lindenthal

Ein klares Zeichen an die Iranische Führung senden: Darum ging es, als sich Freunde, Unterstützer und die Familie von Nahid Taghavi im Lindenthaler Park der Menschenrechte zu einer gemeinsamen Mahnwache einfanden. Denn auch knapp zwei Monate nach ihrer Verhaftung gibt es keine Anklageschrift und keinen konsularischen oder rechtlichen Beistand für die Kölner Architektin.

„Sie ist eine Bürgerin Kölns, eine Bürgerin meiner Heimatstadt und deshalb setze ich mich für ihre Freilassung ein“, erklärte Heribert Hirte zu Beginn der Veranstaltung. Gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) kämpft der Kölner Bundestagsabgeordnete unter anderem dafür, dass das Iranische Regime Kontakt zur Familie der Inhaftierten gewährt und endlich den Grund für die Verhaftung bekannt gibt: „Wir fordern den Iran auf, ein rechtsstaatliches Verfahren zu führen und zumindest einmal zu sagen, was ihr denn eigentlich vorgeworfen wird. Meine eigene Befürchtung ist, es gibt gar keine Vorwürfe, außer, dass sie Kontakt zu und nach Deutschland hat“, so Hirte.



Eine klare Botschaft sendet die Kölnerin Mariam Claren (am Mikrofon) an das iranische Regime: Free Mama!

Die 66-jährige Kölnerin war am 16. Oktober nach einem Familienbesuch in ihrer Wohnung in Teheran festgenommen worden, ihr privates Eigentum beschlagnahmt. Seitdem wird sie im berüchtigten Evin-Gefängnis unter

dem Vorwand der „Gefährdung der Sicherheit“ festgehalten. Die einzigen Lebenszeichen waren zwei nur wenige Minuten andauernde Telefonate, die Taghavi mit ihrem Bruder, der selbst im Iran lebt, führte. Der Schluss liegt nahe, dass diese Anrufe auch nur unter direkter Aufsicht stattfanden. „Meine Mutter ist eine gebildete emanzipierte Frau, die sich für Menschen- und Frauenrechte einsetzt. Wie alle Exil-Iraner ist sie politisch, aber sie war nie in einer Organisation oder Teil einer Gruppe“, erklärte Taghavis Tochter Mariam. Besonders dramatisch ist es, dass die Deutsch-Iranerin auf Medikamente angewiesen ist und sich kurz vor der Inhaftierung einer Operation unterziehen musste. Das verstärkt die Sorgen der Familie noch zusätzlich.

Bei der IGFM setzt man sich regelmäßig für im Iran gefangen gehaltene Deutsche ein. Hier ist man sich sicher: Durch die Inhaftierung von Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, wie Nahid Taghavi, verfolgt die Islamische Republik politische Ziele. Der Iran brauche Druckmittel, damit Deutschland den USA und deren Sanktionspolitik nicht folge, die europäischen Märkte offen blieben und das Atomabkommen nicht gefährdet werde. Ein Anschreiben Hirtes an die iranische Botschaft in Deutschland blieb bislang ohne Antwort. „Ich habe mich deshalb bereits mehrfach an das Auswärtige Amt gewandt und um Unterstützung gebeten“, so Hirte. „Ich habe Heiko Maas ange-



Heribert Hirte übernimmt die politische Patenschaft für Nahid Taghavi. Ohne Anklage hält das iranische Regime die Kölnerin fest.

schrieben und ihn aufgefordert, sich für Nahid Taghavi einzusetzen. Und ich habe die Antwort bekommen, dass man das tun wird.“ Es sei aber auch klar, dass die Situation durch die doppelte Staatsbürgerschaft erschwert werde: „Der Iran behandelt eine Deutsch-Iranerin bei sich auf heimischem Territorium als Iranerin. Umso wichtiger ist es, dass wir uns hier in Deutschland einsetzen. Denn wir wissen, je mehr Leute sich äußern, je lauter darüber geredet wird, desto größer wird der Druck auf den Iran.“

In diesem Sinne war die Mahnwache bereits ein Erfolg, denn sie hat gezeigt: Das Schicksal von Nahid Taghavi bewegt viele Menschen, nicht nur in Köln. Und auch die Corona-Pandemie hält niemanden davon ab, sich für Menschenrechte weltweit einzusetzen. „Wir in Deutschland können hier zusammenstehen – mit Abstand –, können sagen, was wir denken, können sagen, was wir wollen. Immer noch können wir demonstrieren und können wir unsere Meinung äußern“, betonte Hirte. „In anderen Ländern ist das nicht so. Dafür sollten wir dankbar sein. Lassen Sie uns gemeinsam für Nahid Taghavi eintreten!“

Kurz informiert

Für eine zweite Chance – schnellerer Weg aus den Schulden

Die Corona-Pandemie hat Wirtschaft und Verbraucher hart getroffen, trotz der umfangreichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen durch den Bund. In der Folge werden Insolvenzen bei Verbrauchern und kleinen Unternehmen mittel- und langfristig zunehmen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht vor diesem Hintergrund fest: Die Corona-Pandemie darf nicht zur jahrelangen Schuldenfalle werden.

Überschuldeten Unternehmern und Verbrauchern soll es daher nun ermöglicht werden, sich schneller aus der Insolvenz zu befreien. Dazu wird der Zeitraum, in dem sie sich ihrer Restschulden entledigen können, von sechs auf drei Jahre verkürzt. Diese Regelung soll rückwirkend für alle Insolvenzverfahren gelten, die ab dem 1. Oktober 2020 beantragt wurden. Um Fehlanreize diesbezüglich zu vermeiden, werden die Anforderungen an den Betroffenen in der sog. Wohlverhaltensperiode durch detaillierte Auflagen konkretisiert und verschärft. All dies beschloss der Deutsche Bundestag durch das Gesetz zur weiteren Verkürzung der Restschuldbefreiung, welches die Umsetzung der EU-Restrukturierungsrichtlinie darstellt.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Diese Regelungen gelten für Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen, denen damit auch und gerade im Fall von unverschuldeter Insolvenz ein wirtschaftlicher Neuanfang ermöglicht wird. Für die Rückwirkung des Gesetzes kämpfte die Union, viele Verbraucher hatten Insolvenzanträge im Hinblick auf das laufende parlamentarische Verfahren zurückgestellt. Heribert Hirte verhandelte das Gesetz als Berichterstatter mit dem Koalitionspartner und erklärte den Ansatz der Union: „Damit schaffen wir Rechtssicherheit für die Betroffenen und machen den Weg frei für zügige Entschuldungsverfahren.“

Neue Sanierungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen

Ein enormer Schritt gelang der Regierungskoalition in dieser Woche. Durch die Umsetzung der EU-Restrukturierungs- und Insolvenzrichtlinie schafft der Gesetzgeber nun ein insolvenzabwendendes Restrukturierungsverfahren. Heribert Hirte hatte das Gesetz bereits seit dem Frühjahr gefordert, um Unternehmen ein Instrument in die Hand zu geben, zukunfts-fähige Geschäftsideen und -modelle auch in einer wirtschaftlichen Krise fortführen zu können. Nach viel Überzeugungsarbeit gegenüber dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) konnte nach mehreren intensiven Verhandlungsrunden bis tief in die Nächte in der letzten Parlamentswoche, über das Gesetz noch eine Einigung erzielt werden.

Was bewirkt das neue Instrument? Es schließt die Lücke zwischen dem Bereich der freien, auf den Konsens aller Beteiligten angewiesenen Sanierung einerseits und einer Sanierung im Insolvenzverfahren - an dessen Ende letztlich auch die Liquidation im Rahmen einer Gesamtvollstreckung stehen kann - andererseits. Unternehmen sollen zudem nun krisenfester gemacht werden. Hirte dazu: „Im Mittelpunkt steht dabei die für Unternehmen des Mittelstands unbürokratische, kostengünstige und damit attraktive Ausgestaltung des Sanierungsverfahrens.“

Vor der Einigung standen noch zahlreiche kritische Diskussionen. So wurde der Gesetzesentwurf dahingehend abgeändert, dass Insolvenzgerichte in der Fläche unseres Landes erhalten bleiben. Für Hirte eine Entscheidung mit Licht und Schatten. Eine Konzentration der Insolvenzgerichte würde Kompetenzen bündeln, und auch dem „gezielten Ausschuchen“ vermeintlich Gläubigern oder Schuldern wohlgesinnter Gerichte könnte bes-

ser begegnet werden. Andererseits verschaffen die zahlreichen in der Fläche verteilten Insolvenzgerichte dem Subsidiaritätsprinzip Geltung. Das ist auch deshalb wichtig, weil die Menschen wie auch die Unternehmen auch in diesem Bereich spüren, dass sich der Rechtsstaat eben nicht zurückzieht. Die Entscheidung sorgt so auch für eine Stärkung des ländlichen Raums.



Voller Einsatz bis zum letzten Plenartag: Mit den Gesetzen zur Verkürzung der Restschuldbefreiung und dem SanInsFoG konnte Heribert Hirte noch zwei wichtige Projekte in diesem Jahr ausverhandeln.

Vor dem Hintergrund, dass die neuen gesetzlichen Regelungen nun mit dem verschärften Lockdown zusammenfallen, haben sich CDU/CSU und SPD auch auf eine weitere kurze Aussetzung der Insolvenzantragspflicht geeinigt. Die Pflicht, einen Insolvenzantrag zu stellen, wird befristet bis zum 31. Januar 2021 ausgesetzt. Unternehmen, die von staatlicher Hilfe profitieren, und einen entsprechenden Antrag noch nicht stellen konnten.

Koalition stärkt Gewerbemieter

Juristisches Hochrechnen, aber mit gravierenden Folgen für Gewerbetreibende in unserem Land, die durch die Corona-Pandemie ihr Geschäft nicht weiter führen können. In der Kurzfassung: CDU/CSU und SPD haben sich auf ein Gesetz zur Risikoverteilung bei gewerblichen Miet- und Pachtverhältnissen während der Corona-Pandemie geeinigt. Diese Regelung bestätigt Heribert Hirte in seiner Rechtsauffassung, der seit Beginn der Pandemie darauf hingewiesen hatte, dass die

Situation derzeit einen sogenannten „Wegfall der Geschäftsgrundlage“ begründet und somit andauernde Gewerbemietverhältnisse neu zu verhandeln sind: „Durch die Klarstellung stärkt die Koalition Gewerbetreibenden den Rücken.“ Viele Gewerbebetriebe haben durch die Pandemie harte Einschnitte hingenommen. Restaurants oder Hotels dürfen keine Gäste mehr aufnehmen, Clubs ihre Türen nicht mehr öffnen, die Anzahl von Kunden im Einzelhandel ist limitiert. Das bedeutet für viele Unternehmen massive Einnahmeausfälle, während ihre Fixkosten wie Miete oder Pacht weiterlaufen.

Die Entscheidung stellt nun klar: Staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie stellen eine schwerwiegende Veränderung der Grundlagen des Vertrages dar, wenn sie die Nutzbarkeit der angemieteten Räume erheblich beeinträchtigen. Wichtig hierbei bleibt der Blick auf den Einzelfall, aber Gewerbetreibende haben nun eine bessere Verhandlungsgrundlage mit ihren Vermietern. Weil Betroffene möglichst rasch Hilfe benötigen, sorgt der Gesetzgeber nun auch dafür, dass gerichtliche Verfahren in diesem Zusammenhang beschleunigt und vorrangig behandelt werden müssen.

CDU/CSU setzten Stärkung der Aktionärsrechte durch

Die Rechte von Aktionären bei Online-Hauptversammlungen sollen verbessert werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion reagierte damit auf die Kritik an den virtuellen Aktionärstreffen, die seit Ausbruch der Corona-Pandemie erst neu ermöglicht wurden. Fragen mussten die Anteilseigner dabei häufig mit zwei oder drei Tagen Vorlauf schriftlich einreichen. Zudem konnten die Unternehmensvorstände selbst entscheiden, welche Fragen sie beantworten – die im März verabschiedeten Ausnahmeregelungen für Hauptversammlungen während der Corona-Krise stellten ihnen dies ausdrücklich frei. Diese Regelungen hatte der Deutsche Bundestag erst im Herbst verlängert, schon damals drängten Heribert Hirte und die CDU/CSU auf eine Annäherung an

den aktionärsrechtlichen Normalzustand: „Die Rückmeldungen zu den virtuellen Hauptversammlungen des Jahres 2020 haben gezeigt, dass die Aktionärsrechte in Teilen nur unzureichend gewahrt werden. Wir stärken nun die Rechte der Aktionäre und werden auf diese Weise den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Aktionärsbeteiligung gerecht.“

Als neue Regeln gelten nun: Die Beantwortung von Aktionärsfragen liegt nicht mehr im Ermessen der Vorstände. Sie müssen künftig alle Fragen beantworten, die spätestens einen Tag vor der Online-Hauptversammlung eingereicht werden. Die Fragemöglichkeit der Aktionäre wird zu einem Fragerecht. Damit gelten noch nicht die vollumfänglichen Beteiligungsrechte der analogen Hauptversammlung, erklärt Hirte: „Insofern schaffen wir einen Kompromiss zwischen notwendiger Vorbereitung der Hauptversammlung und Wahrung des wichtigen Auskunftsrechts der Aktionäre.“

Stephanuspost 8 erschienen

Uwe Heimowski, dem politischen Beauftragten der Evangelischen Allianz in Berlin. Ebenso finden Sie einen Rückblick auf Heribert Hirtes Reise nach Kenia zu Beginn des Jahres. [Hier geht es zur aktuellen Ausgabe der Stephanuspost.](#)

Die Zerstörung von Kulturgütern in Armenien verhindern!

Während der jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan gab es Bestrebungen, den Konflikt in der Region Bergkarabach durch eine „religiöse Komponente“ aufzuladen. Öffentlich bekannt sind die gezielten Angriffe auf die Ghasantschezoz-Kathedrale, zahllose Hinweise auf weitergehende Zerstörung und Abbau von Kulturgütern liegen vor. Vor diesem Hintergrund äußerte sich Heribert Hirte für den Stephanuskreis: „Auch in einer militärischen Auseinandersetzung ist ein solches Vorgehen geschichtsvergessen, verantwortungslos und wendet sich gegen ein zivilisiertes Miteinander der internationalen Staatengemeinschaft“. Mit einem Brief wandte sich Hirte

Stephanuspost #8

„Vergesst die Verfolgten und Bedrohten nicht“

- HERIBERT HIRTE MdB -

„Vergesst die Verfolgten und Bedrohten nicht“ – diesen Appell richtet Heribert Hirte in der 8. Ausgabe der Stephanuspost an Politik und Zivilgesellschaft. In unregelmäßigen Abständen berichtet der Stephanuskreis über seine Aktivitäten und bereitet drängende Themen aus den Bereichen Religionsfreiheit und der Verfolgung von Menschen aufgrund ihres Glaubens oder Nicht-Glaubens auf. In dieser Ausgabe steht der Bericht der Bundesregierung zur Lage der weltweiten Religionsfreiheit im Mittelpunkt. Aber es gibt auch Gastbeiträge von Volker Kauder oder

an die Staatsministerin Michelle Müntefering (SPD). Müntefering verantwortet u.a. den Bereich Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt und damit alle inhaltlich verwandten internationalen Abkommen. Um zu verhindern, dass das kulturelle Erbe der Region in Kriegen und Konflikten instrumentalisiert wird, fordert der Stephanuskreis, dass sich Deutschland personell und finanziell in eine UNESCO Mission einbringt, die die Kulturgüter in der Region Bergkarabach schützen und erfassen soll.



Am 10. Dezember ist der Tag der Menschenrechte. Gemeinsam mit Abgeordneten aus fast allen Parteien machte Heribert Hirte in diesem Jahr auf die Situation in Belarus aufmerksam machen. Der Autokrat Lukaschenka akzeptiert bis heute nicht die Wahlergebnisse aus dem August. Demonstrationen werden mit willkürlicher Polizei- und Militärgewalt bekämpft. Oppositionelle verschwinden spurlos oder müssen das Land verlassen. Hirte hat beispielswei-

se eine politische Patenschaft für Herrn Viachaslau Rahashchuk übernommen. Sein „Vergehen“: Er nahm an einer Demonstration teil.

Deshalb stehen Parlamentarier aus fast allen Parteien im Deutschen Bundestag fest an der Seite der Menschen in Belarus, die sich friedlich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freiheit und freie Wahlen einsetzen. Ihnen gelten die Solidarität, Anerkennung und Unterstützung

des Hohen Hauses. „Wir fordern ein sofortiges Ende der Gewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, freie und faire Neuwahlen unter internationaler Wahlbeobachtung und einen ernsthaften und inklusiven Verfassungsreformprozess. In Gedanken sind wir bei den politischen Gefangenen, ihren Familien und allen unschuldigen Opfern von Repression, Gewalt und Folter in Belarus.“ - **#WeStandBYyou**

Augenblick



Am **Samstag den 19. Dezember** bietet Heribert Hirte noch einmal eine digitale Bürgersprechstunde via **Facebook-Live** an.

Gehen Sie für die Teilnahme schlicht um **16:00 Uhr** auf die Facebook-Seite von Heribert Hirte.

Fragen können dort live per Kommentarfunktion gestellt werden oder seinem Büro vorab an **heribert.hirte@bundestag.de** geschickt werden.

Öffentlichkeit für den **Fall Nahid Taghavi** – das war das Ziel, der gemeinsamen Mahnwache von Heribert Hirte mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und der Tochter von Nahid Taghavi. „Free Nahid“ und „Free Mama“ waren die Slogans, mit denen die Teilnehmer die politischen Forderungen an das iranische Regime auf den Punkt brachten. Es berichteten der [Kölner Stadtanzeiger](#), die Kölnische Rundschau (nur im Print), [die Internetseite „Iran-tc“](#) und auch international die [Seite „Kayhan Life“](#), die auf Berichterstattung für exil-iranische Themen spezialisiert ist.

In einer öffentlichen Anhörung debattierten Sachverständige, welche Wege die **Juristenausbildung** in Deutschland in der Zukunft gehen sollte. Heribert Hirte teilt sich für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für dieses Thema die Berichterstattung mit Patrick Sensburg. Beide haben selbst schon zu einem eigenen Fachgespräch geladen. In der Anhörung vorvergangene Woche verwies Hirte auf einen seit Mitte November 2020 vorliegenden Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des notariellen Berufsrechts

und zur Änderung weiterer Vorschriften, wonach schriftliche juristische Prüfungen künftig auch elektronisch durchgeführt und ein Teilzeitreferendariat ermöglicht werden soll. [Lesen Sie mehr auf Beck-online.](#)

Die Stuttgarter Nachrichten (StN) griffen die **Stärkung der Aktionärsrechte** auf. Bereits über die gesamte Legislaturperiode setzen sich CDU/CSU für die Rechte von Aktionären und insbesondere auch für Kleinaktionäre und damit für die Möglichkeit der privaten Rentenvorsorge ein. Insbesondere den Ausbau des Fragerechts thematisieren die StN, [lesen Sie hier mehr.](#)

Der Bundestag pocht auf **Mitwirkung** an bestimmten Verfahren vor dem **Europäischen Gerichtshof** (EuGH), bei denen er bislang außen vor ist. In der zweiten Dezemberwoche beschloss der Rechtsausschuss, dem Heribert Hirte vorsitzt, sich an einem Verfahren zu beteiligen. Dieses Vorgehen des Bundestags soll aber nicht einmalig bleiben. Das Problem: Dem Bundestag wird zwar bei bestimmten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht die Gelegenheit zur Stellungnahme einge-

räumt - nicht aber vor dem EuGH. Hier ist keine eigenständige Mitwirkungsmöglichkeit der nationalen Parlamente vorgesehen. In Folge des sogenannten PSPP-Urteils hat der Deutsche Bundestag neue Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen, dazu kommentierte Heribert Hirte: „Damit nimmt der Bundestag in einem weiteren europarechtsgestaltenden Bereich seine Integrationsverantwortung aktiv wahr.“ Es berichteten [die LTO](#), [Beck-Online](#), und [das Handelsblatt](#).

Mit der **neuen Insolvenzordnung und dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz** (kurz: StaRUG) reagiert der Gesetzgeber auch auf die andauernde Pandemie. Unternehmen können nun bei drohender, aber noch nicht eingetretener Zahlungsunfähigkeit die Möglichkeit bekommen, eine Restrukturierung außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens durchzuführen. Sie müssen also keinen Insolvenzantrag stellen. Heribert Hirtes Kommentare und Einschätzungen zu diesem Gesetz finden Sie [im Handelsblatt](#).

Nach diesem Jahr möchte ich Ihnen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen. Vor allen Dingen wünsche ich Ihnen Gesundheit, etwas Ruhe und dass wir im kommenden Jahr zu mehr Normalität zurückkehren können.



Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

[Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte) [@HHirte](https://www.instagram.com/HHirte) www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.